

NORD-SÜD

Luxemburg, Land der Klima-Pharisäer



Wer verantwortet diesen Klimaschutzplan? Jean-Claude Juncker, Jeannot Krecké und Lucien Lux während der Debatten zur Lage der Nation 2006. (Fotos: Raymond Klein)

Scharf kritisiert die Dritte-Welt-Organisation ASTM die Pläne der Regierung in Sachen Klimaschutz. Luxemburg lasse die Reduzierung seiner Treibhausgas-Emissionen im Süden der Welt "billigproduzieren", so der Hauptvorwurf.

In seiner Rede zur Lage der Nation am 1. Mai 2006 räumt Staatsminister Juncker der Verantwortung für den Erhalt des Weltklimas und für die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen einen herausragenden Stellenwert ein. Tags darauf präsentiert Umweltminister Lux im Namen der gesamten Regierung den "1. Aktionsplan zur CO₂-Reduktion". Neu und gut darin sind die steuerliche Verteuerung des Individualverkehrs und der sektorübergreifende Ansatz, d.h. die Einbindung vieler Ministerien. Die Richtung stimmt - der Plan macht Eindruck.

Die beschlossene Steuererhöhung sieht eine Verdoppelung der Autosteuer, die sich am Schadstoffausstoß bemißt, ab 1.1.07, und die Erhöhung der Spritsteuer auf Benzin um 2 Cent ab 1.1.07 und Diesel um 1,25 Cent ab 1.1.07 und weitere 1,25 Cent ab 1.1.08 vor. Auch die Verwendung dieser zusätzlichen Einnahmen ist geregelt: "En application du principe pollueur-payeur, les recettes ainsi générées seront affectées intégralement au Fonds de financement des mécanismes de Kyoto." Ab Jan 07 finanziere ich also, wenn ich in Luxemburg tanke, Projekte, die irgendwo auf der Welt Emissionsgutschriften erzeugen (CDM- & JI-Projekte). Und da kommt einiges zusammen: (...) Die Mehreinnahmen aus Auto-plus Spritsteuer werden also ab 2008 jährlich in einer Größenordnung von rd. 85 Mio Euro liegen (im späteren Allokationsplan werden sie zurückhaltender auf 300 Mio Euro für die fünf Jahre zusammen geschätzt).

Der besondere luxemburgische Charme liegt darin, daß die einheimischen Bürger (und Wähler) nur den geringeren Teil davon aufzubringen haben, denn 75 % der fossilen Brennstoffe im Transportsektor werden an "Tank-

touristen" verkauft. (...) So könnten mit den ab 2008 jährlich im Ablassfonds zur Verfügung stehenden 85 Mio Euro über 5 Mio t Emissionsgutschriften zu diesem Preis erworben werden, also ausreichend, um das gesamte Luxemburger Reduktionsziel Jahr für Jahr von anderen erledigen zu lassen und den Strom fossiler Brennstoffe hier weiterfließen zu lassen Dieser Fonds ist also von vorneherein sehr großzügig ausgestattet...

Ablass-Handel

Davon wird er aber nicht besser, denn der Fonds ist der Klingelbeutel von Pharisäern. Das Prinzip "pollueur-payeur" ist moralisch gar nicht hinreichend. Wer Schaden anrichtet, der soll sein Verhalten ändern aber nicht einfach zahlen und so weitermachen wie bisher. Außerdem stimmt das Prinzip "Wer schadet, der zahlt" hier ja gar nicht, denn wir Verschmutzer bezahlen ja nur, weil wir davon wiederum einen Vorteil haben, nämlich die Emissionsgutschriften, wodurch wir mit unserem schädigenden Verhalten fortfahren können. Tatsächlich aber müßten wir ohne Gegenleistung die Menschen entschädigen, die in den Förderregionen von Rohöl krebsskrank werden oder ihre Nahrungsgrundlagen verlieren und die Menschen, die durch den Klimawandel kein Wasser mehr finden oder unter zunehmenden Überschwemmungen leiden. (...)

Am 19. Juni 06 präsentiert das Umweltministerium den 1. Entwurf des " Nationalen Allokationsplans für 2008 - 2012" auf einem Workshop in der Chambre de Commerce, elf Tage, bevor er in Endfassung in Brüssel vorgelegt werden muß.

Hierin erblickt ein in der Klimafachwelt bislang so nicht gekannter Begriff das Licht der Welt: die "Auslands-

emissionen". Gemeint sind die Emissionen aus dem Spritexport, also aus Benzin und Diesel, die in Luxemburg getankt, aber erst im Ausland verfahren werden. Diese werden in der Periode 2008 - 2012 aller Voraussicht nach rd. 40 % aller Luxemburger Emissionen ausmachen. Auf mehreren Seiten wird rückwärts legitimiert, dass nun dieser Spritexport gewissermaßen eine Bürde des Schicksals sei (das kleine Territorium, die großen Wachstumsraten, die Lage in Zentral-europa, die Grenzgänger etc. - natürlich sind dies alles reale Faktoren), der Luxemburg jedoch "im eigenen Allokationsplan durch "eigene" Maßnahme allein nicht Herr werden" kann. (...)

Und dann lässt man die Katze aus dem Sack: "Luxemburg setzt die (...) Strategie einer verantwortungsbewußten nationalen Klimaschutzpolitik (...) unbeirrt fort und wird (...) in dem Maße, in dem vom bzw. im Ausland verursachte Emissionen der nationalen Bilanz zugerechnet werden und sich eigenen nationalen Steuerungsmaßnahmen entziehen, auf die Nutzung flexibler Mechanismen und den Erwerb zusätzlicher projektbasierter Kyoto-Rechte aus dem Ausland setzen." (...) Das heißt, dieser Plan sieht vor, dass Luxemburg 35 % seiner gesamten Emissionen (25 Mio von 70 Mio) durch den Zukauf ausländischer Emissionsrechte abzudecken gedenkt. Dies erklärt, warum im Aktionsplan vom Mai der Ablassfonds so üppig ausgestattet ist.

Als ahnten die Autoren, wie dünn das Eis ist, auf dem sie sich bewegen, greifen sie

schon im Vorfeld möglicher Kritik daran vor: "Es bedarf einer Deckung durch flexible Mechanismen. Ihr stehen keine völkerrechtlichen Restriktionen entgegen." (...) Was aber sagt das Kyoto-Protokoll dazu ? Es besagt in Artikel 6 "Zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen (...) kann jede (...) Vertragspartei Emissionsreduktionseinheiten (...) erwerben, sofern (...) der Erwerb von Emissionsreduktionseinheiten ergänzend zu Maßnahmen im eigenen Land zur Erfüllung der Verpflichtungen (...) erfolgt." Egal ob quantifiziert oder nicht - "ergänzend" ist glasklar etwas anderes als "vollständig"! (...) Mit diesem Plan verstößt Luxemburg gegen das Kyoto-Protokoll!

CO₂-Spar-Delokalisierung

Der Ablassfonds soll all dies möglich machen: Im Allokationsplan geht man von einem mittleren Tonnenpreis von 20 Euro aus (was für Gutschriften aus den Entwicklungsländern und den ehem. Ostblockstaaten eher hoch angesetzt ist) und käme damit auf einen maximalen Gesamtfinanzierungsbedarf von rd. 500 Mio Euro (5 Mio t x 5 Jahre x 20 Euro), wobei die Einnahmen aus dem sog. "Kyoto-Cent" eher niedrig auf nur rd. 300 Mio Euro dargestellt werden. Weitere Zukäufe von Emissionsrechten behält man sich je nach Lage der Dinge und Preise vor.

Diese Zukaufstrategie führt zu einer weiteren Konsequenz: "Mit der Vorlage des 2. Nationalen Allokationsplans soll zugleich bereits eine abschließende Planung für Höhe, Struktur und Finanzierung

der jeweils eingeplanten Nutzung flexibler Mechanismen eingereicht werden. Dies ist aus Luxemburger Sicht nicht zu vertreten." Auch hier eine klare, geradezu provokante Nichtbeachtung der im Rahmen des Kyoto-Protokolls fortgeschriebenen internationalen Regeln, die für alle gelten. (...)

Sonderweg

Wichtig und für die bessere Einschätzung des Umfangs der Nachfrage unabdingbar ist, daß auch die einzelnen Staaten festlegen, zu wieviel Prozent sie Rechte im Ausland dazukaufen wollen (was Luxemburg sich aber offenhält). Genau dies verlangen auch die Autoren des Weltbankberichts "State and Trends of the Carbon Market 2006" vom Mai 2006 und verweisen zB auf Japan, das genau diese Komplementarität festgelegt hat (nur 14 % durch Zukauf ausländischer Emissionsrechte). Luxemburg jedoch hängt sich hier wie ein Schmetterling in ein Mobile hinein und lässt sich ohne Fix- und Angelpunkt von den Kräften des Kohlenstoffmarktes hin und her schaukeln anstatt sich mit voller Kraft auf die eigenen Potentiale zu konzentrieren. (...)

Sicher ist nur, daß sie [die Preise für Emissionsgutschriften] in Zukunft ansteigen werden, weil es mit Sicherheit keinen Angebots- sondern einen Nachfrageüberhang der Industrieländer geben wird. Das der Weltbank nahestehende Maklerunternehmen Natsource schätzt, daß die EU, Japan und Kanada ihre Emissionsreduktionsziele für die Jahre 2008-2012 zusammen um 3 - 4 Mrd. Tonnen CO₂ verfehlen werden. Und dann wird sich durch immer teurere Zukäufe rächen, dass Luxemburg sich früh vom Ablasshandel abhängig gemacht hat, anstatt sich mehr auf die Entwicklung seiner eigenen Potentiale zu konzentrieren.

Luxemburg verhält sich hier wie ein verzogenes Kind, das nicht nach gleichen Spielregeln wie die anderen beurteilt werden will und tausenderlei Entschuldigungen findet, um so zu bleiben, wie es ist. Man pickt sich alle Vorteile des Kleinseins aus dem Kuchen und lehnt es zugleich ab, die Verantwortung für nachteilige Konsequenzen daraus zu tragen. Wenn alle Industrieländer Klimaschutz so wie Luxemburg praktizieren, dann wird der globale Klimaschutz praktisch nicht von denen geleistet, die seine Hauptverursacher sind, sondern denen aufgebürdet, die am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben. Den zukünftigen Generationen, von denen Herr Juncker so gerne spricht, ist damit nicht gedient, der derzeit lebenden Generation in den Entwicklungsländern auch nicht und dem Klima schon gar nicht.

Dietmar Mirkes
ASTM - Action Solidarité
Tiers Monde



Es geht auch anders: Fahrrad-Parking am Hauptbahnhof Antwerpen.

Eine ungekürzte Fassung dieses Textes findet sich unter www.astm.lu

Der Allokationsplan der Regierung ist unter www.environnement.public.lu einsehbar. Anmerkungen können per E-Mail eingereicht werden.